Niederschrift

über die 08. Gemeinderatssitzung am Dienstag, den **08.11.2016**, im Sitzungssaal der Gemeinde Kirchberg.

Anwesende: Bgm. Berger Helmut als Vorsitzender
Vzbgm. Ing. Schipflinger Andreas
Vzbgm. Eisenmann Josef
GR Aschaber Martin
GR Dick Roman
GR Golser-Schipflinger Rosalinde
GV Mag. Gröderer Matthias
GR Hagsteiner Claudia
GR Haller Wolfgang
GR Höller Josef
GR Kogler Thomas
GR DI (FH) Leiter Alois
GR Moser Marianne
GR Schermer Anna
GR Schweiger Peter
EGR Gintsberger Robert für GV Simair Christian
EGR Pichler Manuel für GV Schroll Josef

Weiters anwesend: AL Hainbuchner Kurt

Schriftführer/In: VB Staffner Katrin

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:50 Uhr

Tagesordnung:

1. Arbeitsbericht Sozial- und Gesundheitssprengel Kirchberg / Reith;
2. Genehmigung der Niederschrift über die 07. Gemeinderatssitzung;
3. Berichte diverser Ausschüsse;
4. Raumordnungsangelegenheiten:
 - a) Walch Johann, Änderung des Flächenwidmungsplanes für Teilflächen der Gp. 908/1;
 - b) KB Immobilien GmbH, Bebauungsplan für Gp. 3776/2;
 - c) Friedl Wolfgang, Änderung des Flächenwidmungsplanes für Teilflächen der Gp. 170/2;
 - d) Friedl Wolfgang, Bebauungsplan für Gp. 170/2;
 - e) Küchl Horst, Josef Linthaler, Christine Horndacher und Andreas Linthaler, Änderung des Flächenwidmungsplanes für Teilflächen der Gpn. 1353/1, 1351/1, 1350 und 1351/2;
 - f) Mauracher Konrad und Mauracher Maria, Änderung des Flächenwidmungsplanes für Gp. 2997/2 und die Teilflächen der Gpn. 2997/1, 2999/1 und 4473/4;
 - g) Mauracher Konrad und Mauracher Maria, Bebauungsplan für Gp. 2997/2 und Teilflächen der Gpn. 2997/1, 2999/1 und 4473/4;

5. Gemeinnützige Wohnbauvorhaben, weitere Vorgangsweise;
6. Verkehrsverbund Tirol GesmbH, Abschluss eines Haltestellenvertrages;
7. e5 energieeffiziente Gemeinde, Bericht und weitere Vorgangsweise;
8. Anpassung des Sitzungsgeldes gemäß Tiroler Gemeindebezügegesetz;
9. Bank Austria Darlehenskonditionen;
10. Vereinbarung Gemeinde Kirchberg in Tirol und Wohnbau Hohe Salve GmbH;
11. Anträge, Anfragen und Allfälliges;
12. Personalangelegenheiten;

Bgm. Berger begrüßt alle anwesenden Gemeinderatsmitglieder, AL Hainbuchner, die Schriftführerin VB Staffner, Vertreter der Presse sowie die interessierten Zuhörer und eröffnet im Anschluss die 08. Gemeinderatssitzung.

1. Arbeitsbericht Sozial- und Gesundheitssprengel Kirchberg / Reith:

Anhand eine Filmes, welcher anlässlich des 20jährigen Jubiläums des Sozial- und Gesundheitssprengels Kirchberg / Reith unter dem Motto „Miteinander leben, daheim!“ gedreht wurde, veranschaulichte Geschäftsführerin Öttl Helene das umfangreiche Arbeitsumfeld des Sozial- und Gesundheitssprengels.

Die Dienstleistungen des Sozial- und Gesundheitssprengels orientieren sich an den vielfältigen Bedürfnissen der Menschen. Durch individuelle Zuwendung soll den betreuten Personen Sicherheit und Wärme vermittelt werden, was durch die Förderung der Selbstständigkeit in der gewohnten Umgebung der Betroffenen geschieht.

Der Sozial- und Gesundheitssprengel hat im Laufe der Zeit diverse Dienstleistungen, welche alten oder gesundheitlich beeinträchtigten Menschen und deren Angehörigen das Leben vereinfachen sollen, entwickelt. Innerhalb der medizinischen Hauskrankenpflege werden von Diplom Gesundheits-/Krankenschwestern Verbandswechsel, Massagen und vieles mehr durchgeführt. In enger Zusammenarbeit mit den Angehörigen wird durch die Hauskrankenpflege für eine fachgerechte und kompetente Betreuung der Pflegebedürftigen in ihrer Wohnung Sorge getragen. Die Grundpflege wird durch Pflegehilfe von ausgebildeten PflegehelferInnen übernommen und auch für den Haushalt wird gesorgt.

Eine weitere angebotene Dienstleistung ist „Essen auf Rädern“. Angedacht ist diese für Bürgerinnen und Bürger, die auf Grund ihres Alters oder einer Beeinträchtigung nicht mehr in der Lage sind, selbst für sich einzukaufen oder zu kochen. Zivildienen, welche das Essen ausliefern, nutzen oft auch die Chance, um mit den älteren Generationen zu reden, oder sie bei einer „Kaschtrunde“ zu fordern. Durch diese und andere Kleinigkeiten können ältere und gesundheitlich eingeschränkte Menschen weiterhin soziale Kontakte pflegen.

Auf Nachfrage von GR Golser-Schipflinger informiert Öttl Helene über die Veränderungen in den vergangenen Jahren. So ist beispielsweise der Fuhrpark in den letzten Jahren auf

insgesamt 8 Autos mit Allradantrieb gestiegen. Abschließend ergänzt Öttl Helene, dass bereits jetzt mehr als die Hälfte der betreuten Personen nicht mehr ohne Hilfe in ihrem Zuhause leben könnten, das Sozialzentrum, daher garantiert zu klein wäre.

2. Genehmigung der Niederschrift über die 07. Gemeinderatssitzung:

Die Niederschrift über die 07. Gemeinderatssitzung wird einstimmig zur Kenntnis genommen und unterfertigt.

3. Berichte diverser Ausschüsse:

a) „Zoover“ Auszeichnung:

Bgm. Berger berichtet, dass der frühe Wintereinbruch nicht nur jede Menge Schnee und kalte Temperaturen, sondern auch eine ganz besondere Auszeichnung für den Wintersport Kirchberg brachte. Mehr als 25.000 niederländische Wintersportler stimmten auf dem bekannten Urlaubsbewertungs-Portal „Zoover“ über die beste Wintersportdestination ab. Kirchberg konnte sich mit der Höchstpunktezahl von 9,02 Punkten gegenüber allen Mitbewerbern durchsetzen und wurde zur besten Wintersportdestination 2016 gewählt.

b) Einladung zur Weihnachtsfeier:

An dieser Stelle lädt Bgm. Berger sämtliche Gemeinderätinnen, Gemeinderäte sowie alle Bediensteten der Gemeinde zur jährlichen Weihnachtsfeier, am 16.12.2016, zum Bechlwirt ein. Eine schriftliche Einladung folgt.

c) Sport- und Vereinswesen und Jugendausschuss:

Obfrau GR Hagsteiner informiert über die Sitzung des Sport- und Vereinswesen und Jugendausschusses vom 03.11.2016, bei welcher das Kopfsponsoring für Dajana Dengscherz im Fokus stand.

Wie schon in der GR-Sitzung vom 18.10.2016, gab es erneute Bedenken in Bezug auf die Werbeeffizienz, da Dajana für den Kitzbüheler Skiclub fährt. In der Ausschusssitzung wurde erwähnt, dass Dr. Burger, Vorstand der Bergbahn AG Kitzbühel, künftig kein Kopfsponsoring mehr unterstützt. Aus diesem Grund wurde vorgeschlagen, dass die Gemeinde Kirchberg das Kopfsponsoring für die Wintersaison 2016/17 übernimmt. Für die nächste Saison soll der TVB Kirchberg verpflichtet werden. Die Kosten für das Bedrucken sowie Besticken der Kopfbedeckungen werden nicht übernommen. Auf Nachfrage von GR Schweiger, teilt Bgm. Berger mit, dass der Schriftzug Kirchberg - Tirol - Austria das Kopfsponsoring bildet und auf dem Helm der Schriftzug Kirchberg - Tirol zu lesen sein wird.

Auf Empfehlung des Ausschusses spricht sich der Gemeinderat mehrheitlich für das Kopfsponsoring für Dajana Dengscherz im Ausmaß von € 10.000,- für die Saison 2016/2017 aus.

Unter Allfälligem wurde besprochen, dass die Gemeinde bei Gewährung von Subventionen (größer als € 800,--) Einsicht in die Kassenbücher der Vereine verlangen sollte. Ebenso wurde das Inkrafttreten der Turnsaal Ordnung, welche die Möglichkeit zur Öffnung der Turnsäle innerhalb schulfreier Zeiten ermöglicht, sowie der Einbau des neuen Schließsystems besprochen. Diesbezüglich wurde festgehalten, dass bei Verlust des Chips, € 50,-- als Verlustgebühr verrechnet werden. Des Weiteren hat sich der Ausschuss mit einer möglichen Sportlerehrung sowie mit dem Thema Jugendförderung und der Ausrichtung einer Jungbürgerfeier auseinandergesetzt. Hierzu sollen noch klärende Gespräche folgen.

Auf Empfehlung des Ausschusses spricht sich der Gemeinderat einstimmig dafür aus, zukünftig die Möglichkeit einzufordern, Einsicht in die Vereinsgebarungen zu nehmen, sollte der Verein eine außerordentliche Subvention, höher als € 800,--, beantragen.

d) Nötige Ausschusssitzungen:

Abschließend ersucht Bgm. Berger im Speziellen den Verkehrsausschuss eine Sitzung, einzuberufen. Grund dafür ist der Voranschlag 2017. Ebenso ersucht er den Landwirtschaftsausschuss, eine Sitzung einzuberufen, da eine Anpassung der Mindestmüllmenge überlegt werden soll.

4. Raumordnungsangelegenheiten:

a) Walch Johann, Änderung des Flächenwidmungsplanes für Teilflächen der Gp. 908/1:

Der Bürgermeister erläutert die maßgebenden Parameter des gegenständlichen Tagesordnungspunktes.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Kirchberg in Tirol gemäß § 113 Abs. 3 und 4 iVm § 71 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 - TROG 2016, LGBl. Nr. 101, und § 64 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2006 - TROG 2006, LGBl. Nr. 27, einstimmig, den nach Plan der Ingenieurkonsulenten für Raumordnung und Raumplanung Lotz & Ortner, Museumstraße 37a, 6020 Innsbruck ausgearbeiteten Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Kirchberg in Tirol, im Bereich des Grundstückes Bp. 908/1 (zum Teil), KG 82005 Kirchberg, Scherbühelweg (Planbezeichnung flwKBG2116 TH Immobilien, vom 02.11.2016), durch vier Wochen hindurch vom 09.11.2016 bis 07.12.2016, zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht folgende Änderungen des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Kirchberg in Tirol vor: Umwidmung einer Teilfläche der Parzelle 908/1 von derzeit Verkehrsfläche der Gemeinde (VO) in Wohngebiet (W) gemäß § 38 Abs. 1 TROG 2016.

Gleichzeitig wird gemäß § 113 Abs. 3 iVm § 71 Abs. 1 lit. a TROG 2016 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

b) KB Immobilien GmbH, Bebauungsplan für Gp. 3776/2:

Der Bürgermeister erläutert die maßgebenden Parameter des gegenständlichen Tagesordnungspunktes.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Kirchberg in Tirol gemäß § 66 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2016, LGBl. Nr. 101, einstimmig, den nach Plan der Ingenieurkonsulenten für Raumordnung und Raumplanung Lotz & Ortner, Museumstraße 37a, 6020 Innsbruck ausgearbeiteten Entwurf über die Erlassung eines Bebauungsplanes im Bereich der Grundparzelle 3776/2 (zur Gänze), KG 82005 Kirchberg, Manhartweg 18 (Planbezeichnung bplKBG1516 Manhartweg, vom 03.11.2016) durch vier Wochen hindurch vom 09.11.2016 bis zum 07.12.2016 zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Gleichzeitig wird gemäß § 66 Abs. 2 TROG 2016 der Beschluss des Bebauungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

c) Friedl Wolfgang, Änderung des Flächenwidmungsplanes für Teilflächen der Gp. 170/2:

Der Bürgermeister erläutert die maßgebenden Parameter des gegenständlichen Tagesordnungspunktes.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Kirchberg in Tirol gemäß § 113 Abs. 3 und 4 iVm § 71 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 - TROG 2016, LGBl. Nr. 101, und § 64 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2006 - TROG 2006, LGBl. Nr. 27, einstimmig, den nach Plan der Ingenieurkonsulenten für Raumordnung und Raumplanung Lotz & Ortner, Museumstraße 37a, 6020 Innsbruck ausgearbeiteten Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Kirchberg in Tirol, im Bereich des Grundstückes Bp. 170/2 (zum Teil), KG 82005 Kirchberg, Weinberg 4 und 4a (Planbezeichnung flwKBG2016 Friedl, vom 19.10.2016), durch vier Wochen hindurch vom 09.11.2016 bis 07.12.2016, zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht folgende Änderungen des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Kirchberg in Tirol vor: Umwidmung einer Teilfläche der Parzelle 170/2 von derzeit Freiland bzw. Tourismusgebiet bzw. Verkehrsfläche der Gemeinde in Wohngebiet (W) gemäß § 38 Abs. 1 TROG 2016.

Gleichzeitig wird gemäß § 113 Abs. 3 iVm § 71 Abs. 1 lit. a TROG 2016 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

d) Friedl Wolfgang, Bebauungsplan für Gp. 170/2:

Der Bürgermeister erläutert die maßgebenden Parameter des gegenständlichen Tagesordnungspunktes.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Kirchberg in Tirol gemäß § 66 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2016, LGBl. Nr. 101, einstimmig, den nach Plan der Ingenieurkonsulenten für Raumordnung und Raumplanung Lotz & Ortner, Museumstraße 37a, 6020 Innsbruck ausgearbeiteten Entwurf über die Erlassung eines Bebauungsplanes und ergänzenden Bebauungsplanes im Bereich der Grundparzelle 170/2 (zur Gänze), KG 82005 Kirchberg, Weinberg 4 und 4a (Planbezeichnung ebpKBG1416 Friedl, vom 02.11.2016) durch vier Wochen hindurch vom 09.11.2016 bis zum 07.12.2016 zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Gleichzeitig wird gemäß § 66 Abs. 2 TROG 2016 der Beschluss des Bebauungsplanes und ergänzenden Bebauungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

e) Küchl Horst, Linthaler Josef, Horndacher Christine und Linthaler Andreas, Änderung des Flächenwidmungsplanes für Teilflächen der Gpn. 1353/1, 1351/1, 1350 und 1351/2:

Der Bürgermeister erläutert die maßgebenden Parameter des gegenständlichen Tagesordnungspunktes.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Kirchberg in Tirol gemäß § 113 Abs. 3 und 4 iVm § 71 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 - TROG 2016, LGBl. Nr. 101, und § 64 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2006 - TROG 2006, LGBl. Nr. 27, einstimmig, den nach Plan der Ingenieurkonsulenten für Raumordnung und Raumplanung Lotz & Ortner, Museumstraße 37a, 6020 Innsbruck ausgearbeiteten Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Kirchberg in Tirol, im Bereich der Grundstücke Gpn. 1350, 1351/1, 1351/2 und 1353/1 (zum Teil), KG 82005 Kirchberg, Wötzing (Planbezeichnung flwKBG1916 Wötzing, vom 02.11.2016), durch vier Wochen hindurch vom 09.11.2016 bis 07.12.2016, zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht folgende Änderungen des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Kirchberg in Tirol vor:

Umwidmung von Teilflächen der Parzellen 1350 und 1351/2 von derzeit Freiland (FL) bzw. Sonderfläche Sportanlage "Schiabfahrt" (SFSchi) in Tourismusgebiet (T) gemäß § 40 Abs. 4 TROG 2016, Umwidmung von Teilflächen der Parzellen 1350, 1351/1 und 1353/1 von derzeit Sonderfläche Sportanlage "Schiabfahrt" (SFSchi) in Freiland (FL) gemäß § 41 Abs. 1 TROG 2016 und Umwidmung von Teilflächen der Parzellen 1351/1 und 1353/1 von derzeit Freiland (FL) in Sonderfläche Sportanlage "Schiabfahrt" (SFSchi) gemäß § 50 TROG 2016.

Gleichzeitig wird gemäß § 113 Abs. 3 iVm § 71 Abs. 1 lit. a TROG 2016 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

f) Mauracher Konrad und Mauracher Maria, Änderung des Flächenwidmungsplanes für Gp. 2997/2 und Teilflächen der Gpn. 2997/1, 2999/1 und 4473/4:

Der Bürgermeister erläutert die maßgebenden Parameter des gegenständlichen Tagesordnungspunktes.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Kirchberg in Tirol gemäß § 113 Abs. 3 und 4 iVm § 71 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 - TROG 2016, LGBl. Nr. 101, und § 64 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2006 - TROG 2006, LGBl. Nr. 27, mit 16 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme, den nach Plan der Ingenieurkonsulenten für Raumordnung und Raumplanung Lotz & Ortner, Museumstraße 37a, 6020 Innsbruck ausgearbeiteten Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Kirchberg in Tirol, im Bereich der Grundstücke Gpn. 2997/1, 2999/1 und 4473/4 (zum Teil) sowie Gp. 2997/2 (zur Gänze), KG 82005 Kirchberg, Gründau Mühle (Planbezeichnung flwKBG1816 Holzworm, vom 12.10.2016), durch vier Wochen hindurch vom 09.11.2016 bis 07.12.2016, zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht folgende Änderungen des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Kirchberg in Tirol vor: Umwidmung der Gp. 2997/2 und von Teilflächen der Gpn. 2997/1, 2999/1 und 4473/4 von derzeit allgemeinem Mischgebiet in Sonderfläche für Widmungen mit Teilfestlegungen (SV-13) gemäß § 51 TROG 2016 mit folgenden Festlegungen: Erdgeschoß (siehe Detaildarstellung): Allgemeines Mischgebiet (Mb) gemäß § 40 Abs. 2 TROG 2016 iVm § 40 Abs. 6 TROG 2016, wobei als Wohnungen nur betriebstechnisch notwendige Wohnungen und Wohnungen für den Betriebsinhaber und das Aufsichts- und Wartungspersonal errichtet werden dürfen. 1. Obergeschoß (siehe Detaildarstellung):

Teilbereich A: Allgemeines Mischgebiet (M) gemäß § 40 Abs. 2 TROG 2016, Teilbereich B: Allgemeines Mischgebiet (Mb) gemäß § 40 Abs. 2 TROG 2016 iVm § 40 Abs. 6 TROG 2016, wobei als Wohnungen nur betriebstechnisch notwendige Wohnungen und Wohnungen für den Betriebsinhaber und das Aufsichts- und Wartungspersonal errichtet werden dürfen. 2. Obergeschoß (siehe Detaildarstellung): Allgemeines Mischgebiet (M) gemäß § 40 Abs. 2 TROG 2016.

Festlegung einer geplanten örtlichen Straße (VPL) gemäß § 53 Abs. 1 TROG 2016 auf Teilflächen der Parzellen 2999/1, 4473/4 und 2997/1, derzeit allgemeines Mischgebiet.

Gleichzeitig wird gemäß § 113 Abs. 3 iVm § 71 Abs. 1 lit. a TROG 2016 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

g) Mauracher Konrad und Mauracher Maria, Bebauungsplan für Gp. 2997/2 und Teilflächen der Gpn. 2997/1, 2999/1 und 4473/4:

Der Bürgermeister erläutert die maßgebenden Parameter des gegenständlichen Tagesordnungspunktes.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat zunächst die zusätzliche Aufnahme einer Teilfläche der Bp. 331/1 in den Planungsbereich des Bebauungsplanes.

Weiters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Kirchberg in Tirol gemäß § 66 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2016, LGBl. Nr. 101, mit 16 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme, den nach Plan der Ingenieurkonsulenten für Raumordnung und Raumplanung Lotz & Ortner, Museumstraße 37a, 6020 Innsbruck ausgearbeiteten Entwurf über die Erlassung eines Bebauungsplanes im Bereich der Grundparzellen Gpn. 2997/1, 2999/1 und 4473/4 sowie Bp. 331/1 (zum Teil) und Gp. 2997/2 (zur Gänze), KG 82005 Kirchberg, Gründau Mühle 16 (Planbezeichnung bplKBG1616 Hoizwurm, vom 04.11.2016) durch vier Wochen hindurch vom 09.11.2016 bis zum 07.12.2016 zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Gleichzeitig wird gemäß § 66 Abs. 2 TROG 2016 der Beschluss des Bebauungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

5. Gemeinnützige Wohnbauvorhaben, weitere Vorgangsweise:

In Bezug auf die Sitzung des Sozial- und Wohnungsausschusses vom 18.10.2016 und die Anfrage von Vzbgm. Ing. Schipflinger erläutert GR DI (FH) Leiter die weitere Vorgangsweise betreffend der Gemeinnützigen Wohnbauvorhaben. Um die Notwendigkeit weiterer Gemeindewohnungen zu untermauern, erläutert GR DI (FH) Leiter die Ergebnisse der Wohnungsbedarfsanalyse, aus welcher hervorgeht, dass, mit Stand 03.11.2016, 189 Wohnungssuchende ihr Interesse kundgetan haben.

Darunter gibt es Mehrfachnennungen mit 53 Interessenten für Grundstücke, 40 für Reihenhäuser, 108 für Mietkaufwohnungen, 76 für Mietwohnungen und weitere 71 für Eigentumswohnungen. Der Wohnungsausschuss wird voraussichtlich zu Beginn des Jahres 2017 zusammenkommen und sich mit den Vergaberichtlinien und möglichen Änderungen dieser auseinandersetzen. Schon jetzt ist man sich jedoch darüber einig, dass die Tätigkeit in klassischen Vereinen wie der Feuerwehr mit einem Zusatzpunkt gewürdigt werden soll.

Zum gemeinnützigen Wohnbau teilt GR DI (FH) Leiter mit, dass die zur Verfügung stehenden 3.000 m² im Bereich Kalsfeld wie folgt unterteilt werden könnten: 2.316 m² für Wohnbauvorhaben und die restlichen 684 m² für Blaulichtorganisationen oder etwaiges Katastrophenmanagement. Bei der angenommenen Nutzfläche von 2.316 m² könnten laut GR DI (FH) Leiter je nach Baudichte circa 17 bis 19 Wohnungen entstehen. Vergibt man den Grund im Baurecht, so ergeben sich zwei Vorteile. Einerseits erhält man einen Baurechtszins als Grundmiete und andererseits geht nach etwa 50 Jahren das Objekt in das Eigentum der Gemeinde über.

Weiters ist es für GR DI (FH) Leiter wichtig, absolute Objektivität bei der Auswahl des gemeinnützigen Wohnbauträgers zu wahren. Um jene Bauträger nicht zu benachteiligen, die bisher bevorzugt in teureren Gemeinden gebaut haben, sollen diese aufgefordert werden, ihre Mietpreise ohne Grund- und Betriebskosten bekannt zu geben. Dies deshalb, da sowohl bei den Grundkosten als auch bei den Betriebskosten große Unterschiede zwischen verschiedenen Gemeinden auftreten können. Weiters müssen der Wohnungsschlüssel, die Bezugsdaten, die Wohnungsanzahl, die Bauweise sowie die Anzahl der KFZ-Abstellmöglichkeiten bekannt gegeben werden. Außerdem wäre noch bekannt zu geben, welches Verwaltungshonorar verrechnet wird. Schließlich könnten die gemeinnützigen Wohnbauträger auch noch zur Einladung aller heimischen Unternehmen, zur Anbotslegung, verpflichtet werden.

Die erstmalige Zahlung des Baurechtszinses soll stets bei Bezug erfolgen. Hinsichtlich der Wertsicherung wäre es angedacht, in den ersten 20 Jahren den Verbraucherpreisindex und in den darauffolgenden 30 Jahren lediglich die Hälfte davon zu verrechnen. Damit könnte man verhindern, dass die gemäß der Wohnbauförderung höchstzulässigen Kosten überschritten werden. Bis zum Ablauf des Baurechtes sollten alle Darlehen getilgt sein. Zur Auswahl des Bauträgers sollte wiederum eine Vorentscheidung im Bauausschuss und danach die endgültige Entscheidung im Gemeinderat getroffen werden. Der Baubeginn könnte ein Jahr nach der Baurechtszusage stattfinden.

Abschließend fügt GR DI (FH) Leiter hinzu, dass diese Vorgangsweise nicht einmalig, sondern künftig bei sämtlichen derartigen Vorhaben der Gemeinde angewendet werden soll.

Bgm. Berger hält fest, dass das gesamte Vorhaben zunächst im Bauausschuss besprochen werden muss. Die Suche nach dem Bestbieter eines Wohnbauträgers erfordert eine Ausschreibung nach dem Bundesvergabegesetz. Nach der Vergabe an einen Bauträger sind wir nicht mehr an das Bundesvergabegesetz gebunden, sondern der Bauträger. Bezüglich des Auswahlverfahrens verweist er außerdem auf ein ähnliches Gremium wie bei der Entscheidung für das Sozialzentrum.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die weiteren diesbezüglichen Beratungen an den Bauausschuss zu delegieren.

6. Verkehrsverbund Tirol GesmbH, Abschluss eines Haltestellenvertrages:

Bgm. Berger informiert über den zu unterfertigenden Haltestellenvertrag zwischen der Verkehrsverbund Tirol GesmbH sowie der Gemeinde Kirchberg.

Vertragsgegenstand ist die einheitliche Gestaltung bestehender und künftiger Haltestellen für Busverkehr im Gebiet der Gemeinde sowie deren Reinigung, Instandsetzung und Instandhaltung.

Die neuen Haltestellen Design-Elemente werden kostenlos von der Verkehrsverbund Tirol GesmbH zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, ansprechende Haltestellen für die Fahrgäste zu schaffen. Insgesamt soll der Zugang zum Öffentlichen Verkehr in Tirol erleichtert und attraktiver gestaltet werden.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den Haltestellenvertrag für die Errichtung von Haltestellenkennzeichnungen zwischen der Verkehrsverbund Tirol GesmbH und der Gemeinde Kirchberg.

7. e5 energieeffiziente Gemeinde, Bericht und weitere Vorgangsweise:

Vzbgm. Ing. Schipflinger berichtet über die Sitzung des Energie- und Innovationsausschusses vom 25.10.2016, in welcher der Beitritt zu den e5 Gemeinden thematisiert wurde. Welche Aufgabe und Verantwortung als e5 Gemeinde einhergeht, veranschaulicht Vzbgm. Ing. Schipflinger anhand ausgewählter Bilder im Rahmen einer Power Point Präsentation.

Nachdem der Gemeinderat den Beitritt beschlossen hat, ist die Gemeinde in einer Gala offiziell in die Gemeinschaft der e5 Gemeinden aufgenommen worden. Als ersten Schritt gilt es nun eine „Ist-Analyse“ anzufertigen. Gemeinsam mit der Energieberaterin BA Häusler Anni versucht das e5 Team, bestehend aus Mitgliedern des Wahnausschusses, Verkehrsausschusses, Raumordnungsausschusses und Umweltausschusses sowie aus Bürgervertretern und Verwaltungsmitgliedern, zu protokollieren, wie energieeffizient die Gemeinde Kirchberg bisher arbeitet. Danach wird ein Konzept erstellt, wie man es innerhalb von drei Jahren schafft, in den nachfolgenden sechs Handlungsfeldern die Energieeffizienz zu steigern und Projekte umzusetzen:

- Entwicklungsplanung & Raumordnung
- Kommunale Gebäude & Anlagen
- Versorgung & Entsorgung
- Mobilität
- Interne Organisation
- Kommunikation & Kooperation

Nach 3 Jahren gibt es ein Audit beziehungsweise eine erste Neubeurteilung. Gelingt es, die Energieeffizienz zu steigern, so rückt man eine Stufe weiter nach oben. Geeignet hat sich das e5 Team bisher darauf, dass man viermal pro Jahr zu einem Erfahrungsaustausch zusammenkommen möchte. Wichtig ist es, durch eine zielstrebige und effiziente Öffentlichkeitsarbeit, die Gemeindebürger zu erreichen und zum Mithelfen zu bewegen. Bgm. Berger berichtet, dass innerhalb der Gemeinde Kirchberg bereits in den letzten Jahren großer Wert auf energieeffizientes und umweltbewusstes Bauen gelegt wurde.

So wurde beim Bau des Vereinshauses in Aschau eine Tiefenbohrung zur Gewinnung von Erdwärme vorgenommen, beim Badensee wird auf Energiegewinnung durch eine Photovoltaikanlage gesetzt, mit den Schulsanierungen können in etwa 50% fossile Brennstoffe eingespart werden, die arena365 ist durch Photovoltaik autark konstruiert und auch beim Bau des Sozialzentrums wurde Wert auf erneuerbare Energie gelegt, um nur einige Beispiele anzuführen.

Fernerhin erläutert Bgm. Berger, dass durch den großen Energielieferanten AHA Holzbau-Tischlerei GmbH alle Wohnungen des I.Bauabschnittes im Pflanzgarten, mit erneuerbarer Energie versorgt werden. Es sollen Gespräche geführt werden, um auch den II.Bauabschnitt zur Gänze mit erneuerbarer Energie zu speisen.

Weiters informierte Vzbgm. Ing. Schipflinger den Ausschuss über den aktuellen Stand hinsichtlich des geplanten Breitbandausbaues inklusive Kooperationsgesprächen mit Vertretern der A1 Telekom Austria AG. Eine gemeinsame Vorgehensweise soll im Planungsverband gefunden werden, in welchem Vzbgm. Eisenmann die Gemeinde Kirchberg vertreten wird.

Abschließend wurde über das Kraftwerksprojekt Brügglbach gesprochen, wozu weitere Gespräche mit LHStv. Geisler geplant sind. Ebenso angesprochen wurde das Trinkwasserkraftwerk, welches als Projekt weiter verfolgt werden soll.

8. Anpassung des Sitzungsgeldes gemäß Tiroler Gemeinde-Bezügegesetz:

Wie bereits in der letzten Sitzung kurz angesprochen, erläutert GR DI (FH) Leiter, dass die Höhe der Sitzungsgelder letztmalig im Dezember 2004 angepasst wurde.

Damals wurde das Sitzungsgeld mit € 13,50/Std. mit 2 Stunden gedeckelt. Ein Gemeinderat erhält somit einen jährlichen Betrag von etwa € 400,-- bis € 900,--, also eine kleine Entschädigung.

Bis zum Jahre 2016 ist der Verbraucherpreisindex um 21% angestiegen, wodurch sich eine etwaige Erhöhung der Gemeindebezüge durchaus begründen ließe.

Gemäß dem Tiroler Gemeindebezügegesetz (1998) schlägt GR DI (FH) Leiter vor, die aktuelle 2 Stunden Deckelung aufzuheben und die Entschädigung künftig an den Verbraucherpreisindex zu koppeln. Konkret würde dies bedeuten, dass

- Ausschussobleute zukünftig 1/3 des Vizebürgermeisterbezuges erhalten, circa € 240,-- mit dem Zusatz, dass sie keine stündliche Vergütung und keine Sitzungsgelder mehr erhalten;
- Gemeinderäte bei einem Index von € 16,50/ Stunde vergütet werden, allerdings mit einer Obergrenze von € 240,--/ Monat.

Bgm. Berger weist daraufhin, dass es gemäß dem Tiroler Gemeinde-Bezügegesetz (1998) § 19 dem Bürgermeister und allen weiteren Mitgliedern des Gemeinderates nicht gestattet ist, auf Geldleistungen zu verzichten. Gleichzeitig regt Vzbgm. Ing. Schipflinger dazu an, Gemeinden ähnlicher Größe zum Vergleich heranzuziehen, um eine bestmögliche Vergütung zu gewährleisten.

Der Gemeinderat delegiert die weitere Beratung über dieses Thema einstimmig an den Gemeindevorstand.

9. Erhöhung der Darlehenskonditionen Bank Austria UniCredit Group:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung.

Nachdem die Konditionsänderung für zwei Darlehen der Bank Austria, welche für die Sanierung der Schulgebäude aufgenommen wurden, in der Gemeinderatssitzung vom 13.09.2016 erstmalig thematisiert wurden, erläutert AL Hainbuchner die Gegebenheiten erneut. Betroffen sind die Darlehen Nr.: 53219 358 867 (Restschuld € 290.000,--, Laufzeit bis 31.12.2021) und Darlehen Nr.: 53663 577 228 (Restschuld € 145.000,70, Laufzeit bis 30.06.2023).

AL Hainbuchner informiert, dass die Bank Austria den Aufschlag auf den EURIBOR für die zwei bestehenden Darlehen auf Basis des EIB Regelwerkes ab der nächsten Fälligkeit, 31.12.2016, auf 0,50% erhöht. Mit dem aktuellen EURIBOR würde der Zinssatz 0,287% betragen, was einer jährlichen Zinsenbelastung von ca. € 1.000,-- entsprechen würde. Im Falle einer Neuausschreibung, betont AL Hainbuchner, sind keine günstigeren Zinsbedingungen zu erzielen.

Auf Vorschlag von AL Hainbuchner, beschließt der Gemeinderat einstimmig, der oben angeführten Margenerhebung von 0,065% auf 0,50% zuzustimmen.

10. Vereinbarung Wohnbau Hohe Salve GmbH:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung.

Bgm. Berger informiert, dass die Vereinbarung zwischen der Wohnbau Hohe Salve GmbH und der Gemeinde Kirchberg im Jahr 2014 erstellt, jedoch nicht unterfertigt wurde. Nachdem die Widmungswerber nun für die vorliegende Parzelle ein Bauansuchen eingereicht haben, wird um Unterfertigung der Vereinbarung gebeten.

In der Vereinbarung ist festgehalten, dass die Wohnbau Hohe Salve GmbH auf der Gp. 3847/3 nach rechtskräftiger Umwidmung in Bauland und nach Vorliegen der behördlichen Genehmigungen ein Wohnhaus errichten wird.

Weiters verpflichtet sich die Wohnbau Hohe Salve GmbH innerhalb von 5 Jahren nach der Umwidmung eine genehmigungsfähige Einreichplanung zur Errichtung eines Wohnhauses für die Gp. 3847/2 gemäß den Förderungsrichtlinien des Landes vorzulegen. Errichtung und Verkauf der Wohnungen erfolgen nach Wahl der Wohnbau Hohe Salve GmbH, entweder durch diese selbst oder einen gemeinnützigen Bauträger. Die Vergabe der Wohnungen erfolgt ausschließlich durch die Gemeinde Kirchberg. Zusätzlich wurde die Vereinbarung dahingehend abgeändert, dass für diese Eigentumswohnungen der Gemeinde Kirchberg das grundbücherliche Vorkaufsrecht eingeräumt wird.

GV Mag. Gröderer weist daraufhin, dass das Tiroler Raumordnungsgesetz, welches die Grundlage der Vereinbarung darstellt, novelliert wurde und es daher einer Überprüfung der für die Vereinbarung herangezogenen Paragraphen bedarf.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die von GV Mag. Gröderer vorgeschlagene neuerliche Prüfung der Vereinbarung im Gemeindevorstand vorzunehmen.

11. Anträge, Anfragen und Allfälliges:

a) Brandseitweg Gehsteig:

GR Dick informiert über einen schweren Unfall am Gehsteig nahe Brandseitweg und ersucht den Verkehrsausschuss sich dieser Thematik anzunehmen.

b) Finanzielle Unterstützung für Auslandsreise NMS:

GR Golser-Schiplinger berichtet von einem Projekt der Neuen Mittelschule (der Klasse 2a). Der Klassenlehrer Riser Hartmut hat den Kindern dabei geholfen, Kontakt zu einer niederländischen Klasse im selben Alter aufzunehmen. Um die Niederlande besser kennenzulernen, sind die Schüler und Schülerinnen eingeladen, für 5 Tage, vom 16. Juni bis zum 21. Juni, nach Nieuwegein, niederländische Provinz Utrecht, zu reisen. Untergebracht werden die Kinder bei den Familien der Partnerklasse, die Transferkosten sowie die Flugkosten von ca. € 130,- müssen von den Eltern übernommen werden. GR Golser-Schiplinger bittet, im Namen von Riser Hartmut, um eine Förderung für dieses Projekt seitens der Gemeinde, um die Eltern finanziell zu entlasten.

Bgm. Berger weist darauf hin, dass der Klassenvorstand der 2a bisher noch nicht bei ihm vorstellig wurde, jedoch schon ein-/zweimal ähnliche Projekte organisiert hat, für welche vom Bund beziehungsweise der EU keine finanziellen Mittel zu bekommen waren. Eine generelle Förderung solcher Projekte durch die Gemeinde ist nicht denkbar, da Bildungsarbeit Aufgabe des Bundes ist und andererseits die Lehrpersonen dafür Sorge zu tragen haben, dass die finanziellen Mittel für Reisen oder Projekte vorab gesichert sind und die Eltern nicht in Unkosten gestürzt werden.

GR DI (FH) Leiter bittet um eine wohlwollende Beratung im Ausschuss, da es sich um eine Reise handelt, in welcher die Kinder Erfahrungen für ihr weiteres Leben sammeln können. Er ist aber auch der Überzeugung, dass eine solche Unterstützung nicht zur Regel werden sollte. Auch Vzbgm. Ing. Schipflinger betont, dass es wichtig ist, darauf zu achten, dass Ausnahmen auch Ausnahmen bleiben, da ansonsten, wie auch Bgm. Berger bestätigt, nicht absehbare Folgewirkungen entstehen würden. GR Hagsteiner fügt dem hinzu, dass es in Schulen meist einen Elternverein gibt, welcher für solche Fälle monatlich einen gewissen Betrag beiseite legt, um bedürftige Familien zu unterstützen.

c) Skikurs für Kindergarten und Schulkinder:

Vzbgm. Ing. Schipflinger informiert, dass man auch an ihn bezüglich einer finanziellen Unterstützung herangetreten ist. Sowohl für Kindergarten- als auch für Schulkinder soll es wieder einen Skikurs geben. Die Ausrüstung dafür wird gratis zur Verfügung gestellt, wodurch lediglich ein täglicher Betrag von € 10,- pro Kind anfallen würde. Eine Bedarfserhebung wurde von Gutensohn Josef, Skischule Kirchberg Aktive, bereits in die Wege geleitet. Ziel ist es, zu erfahren, wie viele Kinder tatsächlich an dem Skikurs teilnehmen möchten.

Bgm. Berger verweist auf den Schatzerlift, der für alle unter 14Jährigen frei zugänglich ist sowie auf Schilehrer Dagn Josef, der die Kinder teils gratis unterrichtet. Ein zusätzlicher Skikurs ist somit nicht zwingend erforderlich.

d) Mängelliste Kaminkehrer:

GR Haller informiert, dass einige Bürger(innen) auf Grund ihrer Unzufriedenheit mit dem Rauchfangkehrer an ihn herangetreten sind. Es stellt sich die Frage, ob eine Überprüfung ohne Vorankündigung und ohne Erläuterung der festgestellten Mängel rechtskonform ist. Feuerpolizeilich ist die Gemeinde zuständig und muss somit auch Sorge tragen, dass Mängel behoben werden, so Amtsleiter Hainbuchner. Er teilt mit, dass es gemäß Tiroler Feuerpolizeiordnung § 13 sogar die Pflicht der Rauchfangkehrer ist, alle fünf Jahre eine Hauptüberprüfung durchzuführen, Mängel zu notieren und der Baubehörde zu melden. Werden Mängel nicht behoben, so könnte im Schadensfall der Versicherungsschutz in Frage gestellt sein.

Bgm. Berger gibt zu bedenken, dass es sich womöglich nicht um ein Fehlverhalten des Rauchfangkehrers handelt, sondern um eine Fehlkommunikation zwischen diesem und den Bürgerinnen bzw. Bürgern. Zahlreiche Bestimmungen haben sich in den vergangenen Jahren geändert, sodass es durchaus sein kann, dass heute ein Mangel festgestellt wird,

der vor 10 Jahren noch keiner war. Man dürfe, wenn der Rauchfangkehrer einen Besuch ankündigt, nicht zögern und muss das Gespräch mit diesem suchen.

e) E-Mobilität in der Gemeinde:

Vzbgm. Ing. Schipflinger informiert über die bevorstehende Veranstaltung des e5-Themenforums. Diverse Umsetzungsmöglichkeiten der E-Mobilität werden dabei im Fokus der Diskussion stehen. Eine Aussendung an die Gemeinderatsmitglieder wird folgen.

f) Aufbereitung der Sanierung Kirchenmauer Aschau:

Vzbgm. Ing. Schipflinger berichtet, dass eine Änderung des Bebauungsplanes für den Bereich der Kirchenmauer Aschau bereits auf der Tagesordnung des Raumordnungsausschusses steht. Um allen Gemeindemandataren den gleichen Informationsstand zu verschaffen, sollten vorab alle Arbeitsschritte, von der Budgetierung bis hin zur konkreten Auftragsvergabe, in einer der nächsten Sitzungen erläutert werden. Ziel ist es, dass jedem Gemeinderatsmitglied alle Einzelheiten bekannt sind und ein sachlicher Beschluss gefasst werden kann.

Bgm. Berger teilt mit, dass bereits ein sehr detaillierter Bericht an die Aufsichtsbehörde übermittelt wurde und diesem Wunsch daher selbstverständlich nachgekommen wird.

12. Personalangelegenheiten:

Zu diesem Punkt gab es keine Wortmeldungen.

Die Schriftführerin:

Geschlossen und gefertigt: